

# DIE EU-THAILAND- BEZIEHUNGEN SEIT DEM MILITÄRPUTSCH

## Inhalt

Thailands steiniger Rückweg  
zur „Demokratie“ ..... 1

Menschenrechte in Thailand:  
Der „Polizeistaat“ hinterm Urlaubsparadies..... 3

Thailands Wirtschaft: Freihandel, Fischerei  
und Obstbranche auf dem Prüfstand ..... 5

EU-Abgeordneter Langen: Thailand  
hat noch Überzeugungsarbeit zu leisten ..... 7

Thailand:  
Das entgegnet die Junta ihren Kritikern..... 8



Mit Unterstützung von

**DEBATES.EU**



Der thailändische Premierminister General Prayuth Chan-ocha visiert sein Ziel an.  
c/o <http://www.eastbysoutheast.com>

## Thailands steiniger Rückweg zur „Demokratie“

Der thailändische Premierminister General Prayuth Chan-ocha sieht sein Land auf dem richtigen Weg zurück zur Demokratie. Doch der aktuelle Verfassungsentwurf erntet viel Kritik. EurActiv Brüssel berichtet.

Der Rückweg zur Demokratie ist laut General Prayuth Chan-ocha bisher glatt verlaufen. Die Militärjunta arbeitet derzeit an einer Verfassung, über die wahrscheinlich im Juli dieses Jahres abgestimmt werden soll. Für „Mitte 2017“ sind Wahlen anberaumt. Selbst wenn alles nach Plan verläuft, werden dann mehr als drei Jahre vergangen sein, seit der General im Mai 2014 das Kriegsrecht verhängte. In einem Militärputsch stürzte er die demokratisch gewählte Regierung von Yingluck Shinawatra und ernannte sich selbst zum Premierminister – angeblich um Thailand vor monatelangen Straßenschlachten zu bewahren, die der Stabilität des Landes gedroht hätten.

Doch der aktuelle, im Januar veröffentlichte Verfassungsentwurf – der Bauplan einer zukünftigen thailändischen Demokratie – erntet

bisher wenig Begeisterung: Der ehemalige Premierminister Thaksin Shinawatra bezeichnet ihn als „verrückt“, während ein weltweit anerkannter Experte für thailändische Verfassungsgeschichte von einem absichtlichen Täuschungsversuch der Außenwelt spricht.

„Ich persönlich setze kein großes Vertrauen in den Verfassungsprozess“, gesteht Professor Peter Leyland, Autor von *The Constitution System of Thailand – A Contextual Analysis*. „Ich bin überzeugt, dass der Entwurf nichts zählen wird. Sie manipulieren einfach alles, wie es ihnen bequemt. Wahrscheinlich hofft die Junta, sie könne die Menschen hinhalten. Das Militär geht davon aus, dass Staaten wie die USA oder Großbritannien dem Regime einen Vertrauensvorschuss gewähren, solange es irgendeine Art Referendum verspricht. Das sind ihre Erwartungen auf internationaler Ebene.“

„Ein großer Unsicherheitsfaktor ist der Gesundheitszustand des Königs und dessen Nachfolge. Die Politik steht gewissermaßen still. Denn jedwede Form der freien Meinungsäußerung ist untersagt“, erklärt Leyland im Gespräch mit EurActiv.

„Das Regime versucht verzweifelt, das alte Establishment zu erhalten – genau das repräsentiert das Militär nämlich. Sie wollen nicht wahr haben, dass sich die Politik in Thailand dauerhaft verändert hat. Es stimmt

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

schon, dass der Kult des Individuums in der dortigen politischen Maschinerie sehr wichtig ist. Genauso stimmt es aber auch, dass sich das Land wandelt, weil sich die Erwartungen gewandelt haben. Man hat die Erfahrungen mit Thaksin [Shinawatra] gemacht – dessen Politik Ergebnisse geliefert hat. Jetzt wollen sie die Zeit zurückdrehen, aber das wird nicht klappen. Das wollen sie einfach nicht verstehen.“

### Der Teufel steckt im Detail

All diese Kritik bezieht sich auf die Details des aktuellen Verfassungsentwurfs vom Januar. Eine vom Militär ernannte Arbeitsgruppe hatte schon einmal einen Verfassungsvorschlag unterbreitet – Thailands 20. in der modernen Zeit – der jedoch als zu repressiv verworfen wurde. Schon der voraussichtliche Wahltermin, der ursprünglich noch in diesem Jahr liegen sollte, ist in den Sommer 2017 gerutscht.

Der derzeitige Verfassungsentwurf sieht eine gänzlich ungewählte Oberkammer vor. Das Militär behält sich vor, alle 200 Mitglieder selbst zu ernennen. Diese sollen mindestens fünf Jahre lang im Amt bleiben, verkündete General Prayuth Anfang März. Ziel sei es, einen Plan zu entwickeln, der in der Übergangsphase ein gewisses Gleichgewicht garantiere.

Bis zu den Wahlen und zur Ernennung des Kabinetts soll die absolute Macht beim König und dem Nationalrat für Frieden und Ordnung liegen. Der Nationalrat könnte die angesetzten Wahlen jedoch wieder absagen, der Junta weiterhin die Regierungsmacht übertragen oder aber einzelne Siegerparteien davon abhalten, ein Kabinett zu bilden. Bis es ein solch neues Kabinett gibt, genießt das Militär verfassungsrechtliche Immunität, was Verfügungen, Ankündigungen oder sonstige Aktivitäten angeht. In diesem Rahmen könnte die Regierung

womöglich ihr „Bewusstseinswandel“-Programm für Journalisten und Andersdenkende geltend machen.

Das sind jedoch bei Weitem noch nicht alle Probleme. So würde der neue Entwurf das Bildungsprogramm des Militärs in den nationalen Lehrplan integrieren, zukünftige Verfassungsänderung erschweren und die Macht großer Parteien (wie der Pheu-Thai-Partei Shinawatras) im Parlament zugunsten kleinerer Gruppen und Koalitionen schwächen.

### Gegenkampagnen verboten

Letzte Woche verkündete die Bangkok Post, dass sämtliche Kampagnen gegen den Verfassungsentwurf untersagt seien – es sei denn, die Wahlkommission erteilt ihnen eine explizite Genehmigung. „Organisatoren werden solche Debatten auf eigene Gefahr ausrichten müssen. Uns stehen mehrere Gesetze zur Verfügung, um mit ihnen zu verfahren, wie zum Beispiel die Vorschriften für öffentliche Versammlungen oder Verleumdungsgesetze“, warnt Vize-Premierminister Wissanu Krea-ngam.

Damit der Verfassungsentwurf das Referendum übersteht, ist lediglich eine absolute Mehrheit der Wählenden – nicht der Wahlberechtigten – notwendig. Das senkt die Hürden für ein Ja-Votum. Wissanu bestätigt außerdem, die Regierung sei in Zukunft nicht mehr verpflichtet, mindestens 80 Prozent der potenziellen Wähler eine Kopie der geplanten Verfassung zukommen zu lassen. Diese stünde schließlich online zur Verfügung „mit leicht verständlichen Infografiken, Anzeigen und Ankündigungen“.

„Wenn das Referendum scheitert, werden wir schon wissen, was zu tun ist. Jetzt jedoch darüber zu sprechen, schürt nur Vorurteile. Außerdem haben wir uns noch nicht entschieden, wie wir in einem solchen Fall am besten verfahren“, antwortet Wissanu auf die Frage nach einem potenziellen Nein im

Referendum.

Der entmachtete und geflohene Ex-Premierminister Thaksin Shinawatra, Bruder von Yingluck Shinawatra, bezeichnet den Entwurf in einem seltenen Interview mit der Financial Times als „verrückt“. Er würde den Autoritarismus nur noch tiefer verwurzeln. „Ich kann mir nicht vorstellen, dass man im 21. Jahrhundert auf diese Weise noch solch eine Verfassung aufsetzen kann. Es ist, als wären wir zurück im 18. Jahrhundert. Anstatt eine so verrückte Verfassung zu erarbeiten, hätte man eher diskutieren sollen, was die Menschen eigentlich wollen. Im 21. Jahrhundert respektiert doch niemand mehr ein Land mit Militärregime.“

### „Die große Unbekannte“

EurActiv sprach mit vielen verschiedenen Diplomaten, Akademikern und NGOs über das Thema. Allgemeiner Konsens besteht darüber, dass die Junta wahrscheinlich so lange an ihrer Macht festhalten wird, bis der mittlerweile 88 Jahre alte König Bhumibol Adulyadej verstirbt. Mit 70 Jahren auf dem Thron ist er das weltweit dienstälteste Staatsoberhaupt. Es gibt nur wenige Thailänder, die sich an ein Leben vor König Bhumibol erinnern können. Er steht unter dem Schutz der weltweit repressivsten Gesetze, unter denen selbst „Majestätsbeleidigung“ schon eine schwere Straftat darstellt.

Sein Sohn und offensichtlicher Thronerbe Maha Vajiralongkorn soll vor seiner Rückkehr nach Thailand eher eine Art Playboy-Leben geführt haben und wird weniger geschätzt als sein Vater. „Ich glaube, im schlimmsten Falle – und darauf müssen wir uns einstellen – stirbt der König und niemand weiß, wie es mit der Nachfolge weitergeht“, so Professor Leyland, „Das ist die große Unbekannte. Soweit ich weiß, ist der König gesundheitlich stark angeschlagen und könnte jeden

Fortsetzung auf Seite 3

Fortsetzung von Seite 2

Augenblick dahinscheiden.“

„Was auch immer geschieht, die Wahlen 2017 werden stattfinden“, betont General Prayuth indessen. „Ich werde alles daran setzen, eine Verfassung zu finden, die uns eine solche Wahl

ermöglicht.“ Als ein Journalist in nach dem Militärputsch zum ersten Mal nach neuen Wahlen fragte, gab der derzeitige Premierminister eine wie immer in Gegenwart der Presse gereizte Antwort. „Ich habe keinen Zeitplan. Das hängt alles von der Situation ab. Wir werden uns

sobald wie möglich darum kümmern. Das reicht jetzt aber!“ Dann verschwand er von der Bühne und weigerte sich, weitere Fragen entgegenzunehmen. Die Internationale Gemeinschaft fürchtet, dass diese Antwort der Wahrheit bisher am nächsten liegt.

## Menschenrechte in Thailand: Der „Polizeistaat“ hinterm Urlaubsparadies

Die meisten Europäer denken bei Thailand an exotische Früchte und lange Strände. Für die Thailänder selbst, aber auch für immer mehr westliche Diplomaten, Akademiker und Juristen gilt das Land als „Polizeistaat“. EurActiv Brüssel berichtet.



Prayuth Chan-ocha geht seit der Machtergreifung durch das Militär 2014 scharf gegen regierungskritische Akademiker, Anwälte und Journalisten vor. [Wikipedia]

Thailands Regime steckt regierungskritische Journalisten zum „Bewusstseinswandel“ in Militärcasernen. Archaische Gesetze verbieten es, die thailändische Königsfamilie zu kritisieren. Verstöße werden so rigoros geahndet, dass die thailändische Polizei sogar gegen den

US-Botschafter in Bangkok ermittelt.

Darüber hinaus drangsaliert die Regierung Akademiker und ihre Familien, die ihre Macht in Frage stellen. Diejenigen, die Arbeitnehmer- und Menschenrechtsverletzungen im Fischereisektor oder der Konservenindustrie untersuchen, riskieren lange Gerichtsverhandlungen und noch längere Haftstrafen. Man wirft ihnen Verleumdung beziehungsweise Computerkriminalität vor. Seit dem Militärputsch 2014 seien bereits 77 Akademiker zuhause belästigt worden, so der Verband Thai Lawyers for Human Rights (TLHR). Hierbei statteten Militäroffiziere den Familien Hausbesuche ab und zwangen die Professoren, ihre „kritischen Ansichten“ zu ändern. Andernfalls würden sie für 48 Stunden zum „Bewusstseinswandel“ in Militärlager geschickt. Laut TLHR befinden sich bereits fünf Akademiker im Exil: darunter Pavin Chachavalpongpun, der sich kritisch über die Königsfamilie geäußert hatte. Er beantragte Asyl in Japan und unterrichtet mittlerweile als Gastdozent an der Cambridge University.

### Gegen die freie Meinungsäußerung

Diese Einschüchterungsversuche offenbaren die Schwächen des Militärregimes, erklärt Poonsuk Poonsukcharoen von TLHR. „Die Legitimität der Regierung ist hauchdünn. Darüber hinaus hat sie kaum Erfolge vorzuweisen. Daher steht sie nun unter hohem Druck und sieht sich gezwungen, Kritikern den Mund zu verbieten, um an der Macht zu bleiben“, betont sie im

Gespräch mit der Bangkok Post.

Professor Chachavalpongpun erhielt nach eigenen Angaben am 24. Februar einen verzweifelten Anruf seiner in Bangkok lebenden Schwester. Vier Militäroffiziere hätten ihr einen Besuch abgestattet und sie mehrfach auf Arbeit angerufen, um ihr zu drohen. Sollte sie ihren Bruder nicht dazu bringen, Stillschweigen über die thailändische Krone zu bewahren, würde seine Familie den Preis zahlen. Anschließend trug man der gesamten Familie auf, einem Militärlager Bericht zu erstatten. „Anstatt nur mich zu bestrafen, hat das Militärregime zunehmend meine Angehörigen in Bangkok belästigt. Dabei haben sie nichts mit meiner akademischen Arbeit zu tun – ganz zu schweigen von meinen persönlichen Ansichten zur thailändischen Politik oder der Monarchie. Als jemand, der sich kritisch über die Zukunft der thailändischen Monarchie und der Junta geäußert hat, bin ich persönlich an Einschüchterungsversuche gewöhnt. Da ich schon vor der Machtergreifung des Militärs 2014 laut Kritik übte, forderte mich die Junta nach dem Putsch gleich zweimal zur Teilnahme am Bewusstseinswandel auf.“ Nachdem der Akademiker die Vorladungen verweigerte, erließ die Junta einen Haftbefehl gegen ihn und wollte ihm den Pass entziehen. Daher sah er sich gezwungen, nach Japan zu fliehen.

### Gegen die Rechtsstaatlichkeit

Die Drangsalierungen richten sich jedoch nicht nur gegen Akademiker.

Fortsetzung auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

Das Regime habe laut Human Rights Watch (HRW) auch versucht, zahlreiche Anwälte mit Geld- oder Haftstrafen einzuschüchtern – einfach nur, weil sie ihrer Arbeit nachgingen. Gegen Sirikan Charoensiri erhob die Polizei in Bangkok zweimal Klage, weil sie ein Jahr zuvor Aktivisten vor Gericht verteidigt hatte. Etwa zur selben Zeit verklagte die Junta den Verteidiger eines mutmaßlichen Attentäters, der im August 2015 am Erawan-Schrein in Bangkok einen Bombenanschlag verübt haben soll. Dem Anwalt warf man Diffamierung und Falschaussagen vor, nachdem er wiederholt erklärt hatte, sein Mandant sei gefoltert worden.

„Die thailändische Junta führt nicht nur einen Polizeistaat. Jetzt geht sie auch noch gegen Anwälte vor, die die Opfer verteidigen“, klagt Brad Adams, Asien-Direktor bei Human Rights Watch. „Die humanitäre Krise nach dem Putsch scheint kein Ende zu nehmen.“

Für internationale Schlagzeilen sorgte der Fall eines Fabrikarbeiters im Dezember 2015. Er habe sich angeblich sarkastisch über den Hund des Königs geäußert. Unter den strengen Gesetzen gegen Majestätsbeleidigung drohen jedem, der eine solche Anmerkung macht, bis zu 15 Jahre Haft.

## Gegen die Pressefreiheit

Laut Human Rights Watch habe das Militär bereits über 200 Webseiten gesperrt, darunter auch die Thailandseite von HRW. Die Begründung: „Gefährdung der nationalen Sicherheit“. Wahrscheinlich wird auch dieser Artikel in Thailand nicht zugänglich sein. Schon zweimal strichen thailändische Druckereien Artikel aus der International New York Times.

Am 10. März beschwerte sich das Komitee für den Schutz der Rechte von Journalisten offiziell bei den Auslandsbotschaftern in Bangkok über die vorherrschenden Umstände in der Pressearbeit. „In meinen 17 Jahren

als Journalist in Thailand waren die Zustände für die Berichterstattung nie so schlimm wie jetzt – abgesehen von den Kugeln, die einem bei politischen Protesten in der Hauptstadt um die Ohren fliegen“, erklärt Shawn Crisp.

Dennoch seien die Arbeitsbedingungen für ausländische Journalisten weniger schlimm als für die einheimischen, auch wenn sie sich langsam auf diese zubewegten, betont ein westlicher Journalist im Gespräch mit EurActiv. Er möchte nicht namentlich genannt werden, da er andernfalls mit Vergeltungsmaßnahmen der Militärjunta rechnen müsse. „Es ist eine ziemlich unheimliche Situation“, gesteht er. „Das Regime hat Kritik praktisch verboten. Sie können jederzeit, bei einem auftauchen. Als die Junta die Macht übernahm, war das definitiv ein großer Schock für viele Journalisten. Einige besonders kritische Pressekanäle wurden bereits geschlossen. (...) Auch fast alle Radiosender, die bei den Rothemden im Norden sehr beliebt waren, mussten dicht machen.“

„Thailändische Journalisten zwingt man zum Bewusstseinswandel. Sie werden also brutal verhört. Aber die Regierung traut sich nicht, so etwas mit westlichen Journalisten zu machen – zumindest bisher noch nicht. Auch das könnte sich ändern“, betont er. Visabeschränkungen für ausländische Journalisten seien ein weiteres Hindernis für die kritische Berichterstattung über General Prayuth Chan-ochas Junta, erklärt Crisp. Dies bestätigt auch EurActivs anonyme Quelle. „Das Visaverfahren für ausländische Journalisten hat sich merklich verschärft. Das Außenministerium hat damit begonnen, Reporter aus dem Ausland zu verhören. Dabei stellen sie Fragen wie: Was halten Sie von Demokratie? Was haben Sie für Ansichten über die Pressefreiheit? Welche anderen Journalisten kennen Sie? Keiner weiß so richtig, was sie damit bezwecken wollen, aber es schüchtert einen zunächst einmal ein. Es ist ein wirklich feindseliges

Verfahren. Darüber hinaus hat Thailand auch die Anzahl der zu vergebenden Visa reduziert.“

„Früher war die thailändische Regierung den Medien gegenüber recht offen“, erklärt der westliche Journalist weiter. „Sie war stolz auf diese Haltung – vor allem im Vergleich mit den Nachbarländern. Vielleicht war die Presse hier schon immer eher angriffslustig als frei, weil es einfach immer Themen gab, über die man nicht unabhängig schreiben durfte: den König, seine Gesundheit, die Nachfolge, die königliche Familie allgemein und ihren Reichtum. Hier ist es lächerlich einfach, einen Journalisten wegen krimineller Verleumdung zu verklagen. Auf einer Pressefreiheitskala von eins bis zehn, würde ich sagen, hat sich die Situation von einer Sieben hin zu einer Vier verschlechtert, seitdem die Junta an der Macht ist. General Prayuth Chan-ocha steht den Medien offenkundig feinselig und herablassend gegenüber. Das Militärregime scheint sich nicht mit ihnen unterhalten zu wollen. Es hat überhaupt keinen Sinn für Verantwortungsbewusstsein.“

Diese Situation scheint sich in absehbarer Zeit nicht zu ändern. Am 3. März machte Prawit Wongsuwon, Vizepremier und Verteidigungsminister, ein eigentümliches Versprechen: Jeder Regierungskritiker, dessen Äußerungen dem Land schaden oder Konflikte schüren könnten, müsse drei bis sieben Tage lang an Befragungen zum „Bewusstseinswandel“ teilnehmen. „Wenn sie 100 Mal solche Kommentare machen, werden sie 100 Mal vorgeladen“, warnte er. In diesem Zusammenhang wies er Beschwerden zurück, denen zufolge Soldaten, die eigentlich die ehemalige Premierministerin Yingluck Shinawatra bewachen sollten, Bilder von ihr geschossen hätten. „Die Soldaten haben wahrscheinlich Bilder von Frau Yingluck Shinawatra gemacht, weil sie sie hübsch fanden. Das ist doch keine große Sache. Machen Sie sich nicht zu viele Gedanken darüber.“



# Thailands Wirtschaft: Freihandel, Fischerei und Obstbranche auf dem Prüfstand

Als die königliche Armee Thailands 2014 die Entmachtung der demokratisch gewählten Regierung plante, war das Land noch die zweitgrößte Volkswirtschaft der ASEAN. Inzwischen hat sich Einiges geändert. EurActiv Brüssel berichtet.

Seit die Militärregierung an der Macht ist, wurde das Freihandelsabkommen auf Eis gelegt. Die EU-Kommission steht kurz vor dem Beschluss, womöglich sämtliche thailändischen Fischereimporte in die EU zu verbieten – ein heftiger Schlag gegen eine Industrie, die 2014 etwa drei Milliarden Euro Umsatz machte. Thailands internationaler Ruf leidet unter den weitverbreiteten Anschuldigungen, dass es im nationalen Fischereisektor und in der Fruchtverarbeitungsindustrie regelmäßig zu Verstößen gegen Arbeitnehmerrechte komme. Sogar gemeinsame Militärmanöver mit den USA wurden zurückgestuft.

So wichtig die Fischereiindustrie für die thailändische Wirtschaft auch ist – die Aussetzung der Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen ist für Thailand am schwersten zu verkraften. Nachdem die Hoffnungen auf einen baldiges EU-ASEAN-Freihandelsabkommen schwanden, sah sich die Kommission nach einzelnen ASEAN-Ländern um, mit denen sie die ersten bilateralen Deals abschließen könnte. Man entschied sich für Singapur, Vietnam und Thailand. Singapur habe man gewählt, weil es die offenste, ehrgeizigste und am schnellsten wachsende Volkswirtschaft der ASEAN sei,



Wegen Verstößen gegen die sogenannten IUU-Fischereiprotokolle erteilte die EU Thailand im April 2015 eine „gelbe Karte“. [Roberto Saltori/Flickr]

erklärte Miguel Ceballos Baron, Vizechef des Kabinetts von EU-Handelsministerin Cecilia Malmström, vor einem Brüsseler Publikum. Vietnam komme in Frage, weil es eine sich entwickelnde und aufstrebende Großmacht sei. Thailand befinde sich irgendwo zwischen den beiden.

Mit der Entmachtung der demokratisch gewählten Regierung habe sich Thailand, so Baron, gegen den Grundsatz der neuen „Trade vor all“-Politik der Handelskommissarin gestellt. Dieser zufolge seien Menschenrechte und Umweltaspekte bei zukünftigen Freihandelsabkommen zu berücksichtigen. Daher sei die Kommission verpflichtet gewesen, die weit vorangeschrittenen Gespräche mit Bangkok abubrechen. In diesem Zusammenhang verweist Baron auch auf die sozialen Medien sowie die massiven Proteste gegen TTIP und andere Handelsabkommen. Selbst wenn die Kommission einen solchen Deal mit Thailand unterzeichnen würde, käme der Vorschlag ihm zufolge „nie“ durch das EU-Parlament, solange die Militärjunta regiere. Dabei ist das Freihandelsabkommen noch nicht hundertprozentig vom Tisch. Man könnte es 2017 nach den geplanten Wahlen in Thailand theoretisch neu auflegen – unter der Voraussetzung, dass die Abstimmung demokratisch verläuft.

Momentan steht Thailand jedoch vor noch drängenderen Hürden. Die

Militärjunta erwartet einen Beschluss der Kommission darüber, ob die EU thailändische Fischereieexporte in die 28 Mitgliedsstaaten verbietet. Wegen Verstößen gegen die sogenannten IUU-Fischereiprotokolle (Illegal, Unregulated and Unreported) kassierte das Land im April 2015 zur Warnung eine „gelbe Karte“ der EU. Die IUU-Vorschriften sollen nachhaltige und erneuerbare Fischbestände sichern. Im Januar reiste eine Gruppe von EU-Inspektoren nach Thailand, um sich ein Bild von den bisherigen Maßnahmen der Regierung zu machen. Mit einer Entscheidung der EU-Kommission ist jeden Moment zu rechnen. Ein „rote Karte“ würde bedeuten, dass die Fischereimporte mit sofortiger Wirkung untersagt würden. Das wäre ein schmerzhafter Einschnitt in die thailändische Fischereiindustrie – insbesondere in den wichtigen Sektor der Thunfischkonserven, in dem das Land weltweit zu den größten Produzenten gehört. Kaum einer in Brüssel erwartet jedoch, dass Thailand tatsächlich eine „rote Karte“ erteilt bekommt. Unmöglich ist es aber nicht: Gegen Belize, Guinea, Kambodscha und Sri Lanka verhängte die EU bereits ähnliche Sanktionen.

Die thailändische Regierung scheint sich der Tragweite einer solchen Entscheidung bewusst zu sein. So versprach General Prayuth Chan-ocha in seiner Weihnachtsansprache dem

Fortsetzung auf Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

thailändischen Volk, die Industrie auf Vordermann zu bringen. „Wir müssen uns eingestehen, dass es seit langer Zeit gewisse Missstände gibt. Hier brauchen wir eine klare Agenda für die Rechtsetzung, das Management, den Strafvollzug, die Entschädigung der Opfer und eine Querschnittsüberwachung der Fischereindustrie.“ Er bestand darauf, einen wöchentlichen Fortschrittsbericht zu erhalten – ein Zeichen, wie dringlich es für die Regierung zu sein scheint, angesichts der Verbotsandrohung zu handeln. Das zeigt auch ein ganzseitiger Economist-Artikel vom Februar, in dem sich das thailändische Regime damit brüstet, erfolgreich gegen Rechtsverstöße auf hoher See vorzugehen.

Der Fischereisektor ist jedoch – wenn auch der bedeutendste – nicht der einzige Bereich, gegen den Missbrauchsvorwürfe bestehen. Auch die Obstindustrie sieht sich schweren Anschuldigungen gegenüber. So soll es hier zur Ausbeutung von Arbeitskräften und Verstößen gegen Arbeitnehmerrechte gekommen sein, vor allem mit Blick auf ausländische Arbeitskräfte.

Thailands Reaktion bestehe jedoch eher darin, den Überbringer schlechter Nachrichten zu bestrafen – oder in diesem Fall den Whistleblower – als die Probleme tatsächlich an der Wurzel zu packen, weiß der britische Anwalt Andy Hall aus eigener Erfahrung.

Er sprach im Auftrag einer finnischen NGO mit den Arbeitern einer thailändischen Obstkonservenfabrik, die unter anderem den europäischen Getränkemarkt beliefert. Dabei kamen ihm Beispiele von Zwangsarbeit, Kinderarbeit sowie unrechtmäßiger Niedriglöhne und Arbeitszeitüberschreitungen zu Ohren. Nun steht ihm im Mai eine zwölf-tägige Gerichtsverhandlung bevor wegen siebenfacher krimineller Verleumdung und übler Nachrede. Und das, obwohl er nicht einmal am Abschlussbericht „Cheap Has A High Price“ (Billig hat einen hohen Preis) mitgewirkt hat. Sollte man ihn schuldig sprechen, droht ihm eine

achtjährige Haftstrafe. Zusätzlich dazu wurde er auch auf sieben Millionen Euro verklagt. Britische und finnische Diplomaten haben ein genaues Auge auf den Fall. Das EU-Parlament verurteilte die Vorgehensweise Thailands scharf, während die britische Europaabgeordnete Glenis Willmott von der Labour-Partei Halls Verfahren anfocht. „Die Einschüchterungsversuche der thailändischen Regierung gegen Andy Hall sind absolut inakzeptabel“, betont sie EurActiv gegenüber.

### Rosige Aussichten?

Zu Thailands Schlüsselsektoren zählen auch die Bereiche Elektronik, Automobilteile, Textilien und Tourismus. Darüber hinaus ist das Land ein wichtiger Exporteur von Zinn und Wolfram. Es versucht sich stets, als zukünftiges asiatisches Drehkreuz für Gesundheitstourismus, Biotechnologie sowie Flugzeugwartung- und Instandhaltung zu verkaufen. Auf einem Brüsseler Seminar führender Unternehmer im Januar stellte die thailändische Regierung ihr Land als stabiles, zukunftssträchtiges Zentrum für Auslandsdirektinvestitionen dar. Dabei verwiesen Botschaftsvertreter auf vielversprechende Steuervergünstigungen – bis zu acht Jahre Befreiung von der Körperschaftssteuer mit Aussicht auf 50 Prozent Nachlass in der Folgezeit – und warben für Thailand als Ort neuer Cluster für Innovation, Robotik, Automatisierung, Digitales und Medizintechnik. Der Militärputsch habe das Vertrauen der Investoren nicht geschmälert. „Zum Glück sind die Investoren [nach dem Coup] nicht zu streng mit uns ins Gericht gegangen angesichts unserer Situation. Tatsächlich hat unser Investitionsamt zu Zeiten des Regierungswechsels 2014 die höchsten Werte seit 50 Jahren verzeichnet“, so Duangjai Asawachintachit, stellvertretende Generalsekretärin des thailändischen Investitionsamtes (BOI). „Normalerweise erhalten wir etwa 1.600

Projektbewerbungen im Jahr. 2014 aber gingen bei uns 3.100 Anfragen ein. [...] Rückblickend auf die Ereignisse in Thailand, haben wir viel durchgestanden. Besonders auffällig ist dabei jedoch, dass die Geschehnisse nie unsere Wirtschaftspolitik beeinträchtigt haben.“

Diese Ansicht bildet einen klaren Gegensatz zum offiziellen Standpunkt der US-Regierung. „Die Wirtschaft wuchs nur langsam und die Exportzahlen 2014 gingen zurück, was zum Teil auf die innenpolitischen Turbulenzen und die weltweit träge Nachfrage zurückzuführen ist“, heißt es in dem Dokument. Noch gibt es keine exakten Zahlen für 2015. Die Weltbank geht jedoch davon aus, dass das Wachstum in Thailand bei lediglich 2,5 Prozent liegt. Somit wäre es die am langsamsten wachsende Volkswirtschaft der ASEAN-Gruppe.

Nur wenige Tage nach seiner Machtergreifung 2014 traf sich General Prayuth Chan-ocha mit europäischen Investoren des thailändisch-europäischen Unternehmerverbandes TEBA. „Wir sind keine Diktatoren, die einfach irgendetwas anordnen“, verkündete er bei dieser Gelegenheit, „Ich bin bereit, alles zu tun. Sie brauchen mir nur ihren Investitionsfahrplan zeigen.“

Wie weit Thailand inzwischen im Vergleich zu seinen ASEAN-Nachbarn in Ungnade gefallen ist, wurde letzten Monat beim Empfang durch US-Präsident Barack Obama auf dem US-ASEAN-Gipfel in Kalifornien deutlich. Singapurs Premierminister Lee Hsien Loong umsorgte man während seiner Zeit auf dem Sunnyland-Anwesen mit größtem Bedacht. Er erhielt Privataudienzen mit Facebook-Gründer Mark Zuckerberg und dem Apple-Vorstand Tim Cook; speiste mit dem Gründer von PayPal, Dan Schulman, und drehte eine Spritztour mit Elon Musk in einem Elektroauto von Tesla. Prayuth Chan-ocha begrüßte der US-Präsident hingegen mit der kühlen Anmerkung: „Wir unterstützen weiterhin die Rückkehr zu einer zivilen Regierung in Thailand.“

## INTERVIEW

## EU-Abgeordneter Langen: Thailand hat noch Überzeugungsarbeit zu leisten

Die Beziehungen zwischen der EU und Thailand werden erheblich vom neuen Verfassungsentwurf und den geplanten demokratischen Wahlen 2017 abhängen, erklärt der Europaabgeordnete Werner Langen im Interview mit EurActiv.



Werner Langen, Vorsitzender der ASEAN Delegation des EU-Parlaments. [European Parliament]

*Dr. Werner Langen ist EU-Parlamentsabgeordneter und Mitglied der CDU. Er leitet die Delegation für die Beziehungen zu den Ländern Südostasiens und ASEAN (Association of Southeast Asian Nations).*

**Letztes Jahr hat das EU-Parlament eine sehr kritische Entschließung über die thailändische Junta erlassen, die 2014 die Macht ergriffen hat. Darin hagelt es Kritik an der Menschenrechtslage im Land. Gibt es Gründe, optimistisch zu sein, dass sich die Situation bald verbessert?**

Die ASEAN-Delegation des EU-Parlaments wird im Mai 2016 nach Thailand reisen. Bei den dortigen

Treffen mit der Regierung werden wir uns an der Entschließung vom vergangenen Jahr orientieren. Der neue Verfassungsentwurf und die demokratischen Wahlen 2017 werden den Maßstab für das Verhältnis zwischen der EU und Thailand bilden, das als Säule der Stabilität in Südostasien gilt. Die EU als Freund und Partner Thailands hat das dortige Regime bereits wiederholt aufgefordert, gegen Menschenrechtsverstöße vorzugehen und für eine Rückkehr zur Demokratie zu sorgen.

**Das Freihandelsabkommen mit Thailand wurde infolge des Militärputsches auf Eis gelegt. Die Kommission hat deutlich gemacht, dass das Parlament einen solchen Deal niemals billigen würde, solange die Militärjunta regiert. Welche Maßnahmen kann die EU noch ergreifen, um den Demokratieprozess in Thailand zu fördern?**

Das EU-Parlament wird zu jedem Zeitpunkt selbst entscheiden, wie es mit dem Freihandelsabkommen zwischen der EU und Thailand verfährt. Damit sich eine Mehrheit der Abgeordneten dafür ausspricht, muss die thailändische Regierung noch einige Überzeugungsarbeit leisten. Sie muss zeigen, dass in Thailand Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit geachtet werden.

**Wie zuversichtlich sind Sie, dass die derzeitigen Verfassungs- und Wahlvorbereitungen tatsächlich für Demokratie und faire, freie Wahlen sorgen?**

Ich freue mich auf die Gespräche mit der thailändischen Regierung und den Oppositionsführern im Mai (insbesondere auf die mit der ehemaligen Premierministerin Yingluck Shinawatra). Dabei werden wir über die zukünftige Entwicklung des Landes diskutieren.

**Viele Experten kritisieren den derzeitigen Verfassungsentwurf. Er verleihe**

**der Junta ein zu starkes Gewicht mit einem komplett ernannten Senat, Immunität für das Militärregime, einem nicht gewählten Premierminister etc. Haben Sie Vertrauen in den Prozess der Verfassungserarbeitung?**

Ich hoffe, dass dieser Prozess diesmal nicht abgebrochen wird. Das thailändische Volk sollte danach in einem freien und fairen Referendum entscheiden, ob es die neue Verfassung annimmt.

**Die Exportindustrie von Fischereiprodukten in Thailand ist ein wichtiges Standbein der Wirtschaft und generiert jährlich Umsätze in Höhe von drei Milliarden Dollar. Jetzt besteht die Gefahr eines EU-Importverbots aufgrund illegaler, unregulierter und nicht gemeldeter Fischerei. Die thailändische Regierung scheint sich seit Kurzem des Problems anzunehmen. Reicht das aus oder handelt es sich hier um Alibimaßnahmen, um einen Importstopp zu vermeiden?**

Die Regierungsmaßnahmen werden derzeit noch untersucht. Aber die Erklärungen der Regierung lassen darauf hoffen, dass sich die Situation bald verbessern wird. Die EU begrüßt die Veränderungen und die Bereitschaft Thailands, zusammenzuarbeiten. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung. So könnte sich das Problem lösen lassen.

**In den zwei Jahren des Militärregimes hat sich Thailand vom ASEAN-Tiger und Leistungsträger in einen internationalen Außenseiter verwandelt (man bedenke nur Obamas knappe Forderung nach einer Rückkehr zur Demokratie beim jüngsten ASEAN-Gipfel in Kalifornien). Was muss die Junta tun, um ihre internationale Anerkennung zurückzugewinnen?**

Die thailändische Regierung muss vor allem die neue Verfassung umsetzen, 2017 freie und gerechte Wahlen garantieren und der ehemaligen Premierministerin Yingluck Shinawatra einen fairen Prozess ermöglichen.

## Thailand: Das entgegnet die Junta ihren Kritikern

EurActiv wandte sich mit den Kernfragen des dieswöchigen SpecialReports direkt an das thailändische Außenministerium in Bangkok – hier nun die Reaktion der Junta.

*Sek Wannamethee, Sprecher des thailändischen Außenministeriums, antwortete im Namen des Militärregimes.*

**Die EU und Thailand waren auf dem besten Wege, ein Freihandelsabkommen zu unterzeichnen, als das Militär im Mai 2014 in einem Staatsstreich die Macht ergriff. Inzwischen liegen die Freihandelsgespräche auf unbestimmte Zeit auf Eis und die EU droht dem drei Milliarden Dollar schweren Fischereisektor Thailands mit einem Importstopp wegen illegaler Fischerei. Übernimmt die thailändische Regierung Verantwortung für die wirtschaftliche Unsicherheit, die sie in den vergangenen zwei Regierungsjahren verursacht hat?**

Es ist tatsächlich schade, dass die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und Thailand ausgesetzt wurden. Das hat aber unseren engen Handelsbeziehungen mit den EU-Staaten nicht geschadet. Statistiken zufolge gab es beim EU-Handelsvolumen mit Thailand in den letzten zwei Jahren keinerlei Anzeichen von Stagnation. Die EU bleibt einer unserer wichtigsten Handels- und Investitionspartner. Die Botschafter der EU-Mitgliedsstaaten in Thailand stehen auch weiterhin in regem Austausch mit der thailändischen Regierung. Sie zeigen großes Interesse daran,



*Sek Wannamethee, Sprecher des thailändischen Außenministeriums in Bangkok. MFA, Thailand*

unsere wirtschaftlichen Beziehungen zu vertiefen – vor allem, wenn es um die mögliche Teilnahme von EU-Ländern an Investitionsprojekten geht. Thailand bleibt ein zuverlässiger Investitionsstandort für europäische Anleger. Diejenigen, die bereits in unser Land investieren, hegen großes Vertrauen in die Stabilität und das Potenzial Thailands unter der derzeitigen Regierung. Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Thailand und der EU sind noch immer sowohl beim Handel als auch bei den Investitionen sehr umfassend, wie auch die EABC (European Association for Business and Commerce) in Thailand bereits bestätigte. Die Ergebnisse ihrer Business-Confidence-Umfrage von 2015 zeigen, dass die europäische Geschäftswelt noch immer optimistisch ist und auf die thailändische Wirtschaft vertraut.

Die allgemeinen wirtschaftlichen Grundlagen bleiben weiterhin solide. Das zeigen die hohen Auslandreserven und die niedrige Arbeitslosigkeit. Thailand geht davon aus, dass die diesjährige Wirtschaftsleistung sogar über der des Vorjahres liegen wird. Denn die Regierung will 2016 zum Investitionsjahr machen. Das bedeutet, es wird Anreizmaßnahmen und

vermehrte Werbung für Investitionen in riesige Infrastrukturprojekte geben. 2016 erwartet Thailand außerdem 32,6 Millionen Urlauber. Die Tourismusbranche wird also ebenfalls einen wichtigen Beitrag dazu leisten, das Vertrauen in unser Land und die Wirtschaft zu stärken.

Die IUU-Fischerei stellt in der Tat ein ernsthaftes Problem für unsere Fischereiindustrie dar. Es war aber auch schon unter den Vorgängerregierungen tief verwurzelt. Die aktuelle Regierung ist diejenige, die nun etwas gegen das Problem unternimmt.

Diese Regierung verfolgt mit Entschlossenheit und Ernsthaftigkeit eine ambitionierte und umfassende Fischereireform. Ziel ist es, die maritimen Ressourcen nachhaltig zu nutzen und langfristige Lösungen für tiefliegende Probleme zu finden. Wir haben den rechtlichen und politischen Leitrahmen für die Fischerei umgestaltet, das Fischereilizensystem erneuert, Tausende Kutter sowie Hunderte Anlagen zur Weiterverarbeitung von Meeresfrüchten überprüft, das Monitoring von Fischereiaktivitäten

Fortsetzung auf Seite 9



Fortsetzung von Seite 8

verstärkt, Fischfangdatenbanken und Nachverfolgungssysteme verbessert und die Strafverfolgung verschärft. Die jüngsten konkreten Fortschritte der thailändischen Fischereireform sprechen für sich. Sie zeigen, dass dieser Regierung etwas gelungen ist, an dem die Vorgängerregierungen gescheitert sind. Der Status der gelben beziehungsweise roten Karte ist eher von untergeordneter Bedeutung. Unser Hauptanliegen ist es, die Fischereireform umzusetzen, um den Sektor umweltfreundlich und sozialverträglich zu machen.

**Die Militärjunta ist jetzt seit fast zwei Jahren an der Macht. Ein erster Verfassungsentwurf wurde bereits gestrichen und auch das Datum für potenzielle Wahlen wurde nach hinten verschoben. Können Sie garantieren, dass Sie Ihr Versprechen halten und Mitte 2017 Wahlen ausrichten werden?**

Die Erarbeitung einer neuen Verfassung muss den Prozeduren der derzeitigen Übergangsverfassung entsprechen. Thailand setzt sich voll und ganz dafür ein, dem angekündigten Fahrplan entsprechend Fortschritte zu machen. Es ist jedoch wichtig, zunächst die Fehler der Vergangenheit wieder gut zu machen, bevor wir neue Wahlen angehen können. Eine schrittweise, solide Entwicklung sollte sich eher auf die Qualität als auf Geschwindigkeit konzentrieren. So kann unser Land an Stärke und Glaubhaftigkeit zurückgewinnen.

Wir befinden uns zur Zeit in Phase zwei unserer dreistufigen Roadmap (Versöhnung – Reform – Wahlen). Der Schwerpunkt liegt demzufolge momentan auf umfassenden Reformen. Wir wollen eine solide Grundlage schaffen, um eine auf den Menschen bezogene, nachhaltige Entwicklung anzustoßen. Gleichzeitig arbeiten wir am neuen Verfassungsentwurf.

In unserem Fahrplan sind klare Schritte vorgegeben, die uns zurück zur Demokratie führen werden. Die Erarbeitung einer neuen Verfassung wird voraussichtlich etwa 20 bis 23 Monate in Anspruch nehmen (sechs Monate für den Abschluss des Entwurfs durch die Verfassungserarbeitungskommission CDC; vier Monate für das landesweite Referendum; sechs bis acht Monate für die Umsetzung notwendiger Organgesetze; vier bis fünf Monate für den politischen Wahlkampf). Diesem Zeitrahmen nach finden allgemeine Wahlen womöglich im Sommer 2017 statt. Danach wird eine demokratisch gewählte Regierung das Amt übernehmen.

Wir verstehen, dass Freunde und Verbündete an diesem Zeitplan zweifeln. Daher möchte ich noch einmal versichern, dass Thailand entschlossen im Rahmen dieser Roadmap voranschreitet. Wir verzeichnen konstant Fortschritte und führen landesweit Reformen durch. So nähert sich Thailand immer mehr dem Ziel einer gestärkten und nachhaltigen Demokratie. Wir bitten nur um etwas mehr Zeit und Raum, damit die Versöhnungs- und Reformprozesse greifen können. Denn letztendlich müssen nachhaltige Reformen immer von Innen heraus wirken und vom thailändischen Volk selbst kommen.

**Der momentane Verfassungsentwurf ertete scharfe Kritik. Er verleihe der Junta ein zu starkes Gewicht mit einem komplett ernannten Senat, Immunität für das Militärregime, einem nicht gewählten Premierminister, geschwächten großen Parteien und anderen Maßnahmen. Darüber hinaus kann die Militärjunta bis zur Ernennung des Kabinetts weiterregieren. Kann man die Wahlen 2017 unter diesen Umständen noch als „frei und fair“ bezeichnen?**

Der Verfassungsentwurf umfasst 270 Abschnitte. Ziel ist es, die Rechte

der Menschen zu garantieren und dabei internationale Standards zu erfüllen. Sie soll auch ein System bereitstellen, das transparente, rechtschaffene Politik mit einer ausgeprägten Gewaltenteilung sichert. So wollen wir eine gerechte Gesellschaft fördern.

Die CDC arbeitet den gesamten Entwurfsprozess über äußerst inklusiv und bezieht alle Stimmen mit ein, damit Menschen aus allen Gesellschaftsschichten an der Erarbeitung der neuen Verfassung teilhaben können. Bisher fanden diesbezüglich zahlreiche Seminare und öffentliche Foren in Bangkok und anderen Provinzen des Landes statt. Dort konnten die Menschen offen über den Entwurf diskutieren. Auch viele Akademiker, NGOs und Vertreter öffentlicher und privater Sektoren waren zugegen.

Auf den Empfehlungen aufbauend, wird die CDC den Entwurf besprechen und überarbeiten. Der abschließende Entwurf soll Ende April 2016 vorliegen. Dieser wird dann an die Wahlkommission weitergereicht, damit sie ein nationales Referendum ausrichten kann, das derzeit für August 2016 angesetzt ist. Dadurch, dass wir also auch die Empfehlungen der öffentlichen Veranstaltungen und der Privatwirtschaft einarbeiten müssen, ist der Inhalt des derzeitigen Entwurfs noch keinesfalls endgültig.

Kurzum, mit dem Entwurf wollen wir eine nachhaltige Demokratie entwickeln, die über ein wirksames System der Gewaltenteilung verfügt, das Volk ermächtigt, eine gute Regierungsführung fördert und politische Meinungsverschiedenheiten regelt. Dabei sollen stets Transparenz und Rechenschaftspflicht gesichert sein. All das sind notwendige, integrale Elemente für freie und faire Wahlen.

Noch wichtiger ist, dass die neue Verfassung hoffentlich einen Paradigmenwechsel bewirkt. Sie soll

Fortsetzung auf Seite 10

Fortsetzung von Seite 9

als solide Basis für Thailands Zukunft dienen, die auf einem gerechten, transparenten und pluralistischen System sowie auf einer starken, nachhaltigen Wirtschaft aufbaut.

**Das EU-Parlament hat die Menschenrechtslage unter der thailändischen Militärjunta stark kritisiert, da diese Journalisten zum „Bewusstseinswandel“ zwingt, Akademiker und ihre Familien wegen Kritik am Militär drangsaliert und Aktivisten verfolgt, die Verletzungen des Arbeitsrechts in der thailändischen Obstindustrie aufdecken. Ist das Militärregime stolz auf diese Bilanz, wenn es doch eigentlich versucht, an Glaubhaftigkeit zu gewinnen?**

Die Regierung respektiert das Recht auf freie Meinungsäußerung voll und ganz. Wir sehen es als grundlegende Voraussetzung für eine demokratische Gesellschaft. Dennoch muss die Regierung ein Gleichgewicht finden zwischen Pressefreiheit und gesellschaftlichem Interesse.

Medienkanäle dürfen ihre Ansichten frei öffentlich kundtun. Es bestehen nur minimale notwendige Einschränkungen für Medien und soziale Netzwerke, die deeskalierend wirken sollen. So versuchen wir gegen Anstiftung zur Gewalt, gesellschaftliche Teilung oder Hass in der Bevölkerung vorzugehen. Das ist in dieser wichtigen Zeit der Versöhnung und nationaler Reformen notwendig, um eine nachhaltige Demokratie und gesellschaftliche Harmonie zu garantieren.

Sie erwähnten, Aktivisten würden „verfolgt, die Verletzungen des Arbeitsrechts in der thailändischen Obstindustrie aufdecken“. Ich möchte an dieser Stelle auf die absolute Integrität des thailändischen Rechtssystems verweisen. Es handelt unabhängig von der Politik. Die Gerichtsverfahren wurden von

einer privaten Rechtsperson gegen eine andere private Rechtsperson eingeleitet. Die Regierung und auch die Staatsanwaltschaft sind – entgegen den weitverbreiteten Annahmen – nicht befugt, in die Gerichtsverfahren einzugreifen. Selbst bei strafrechtlichen Prozessen, in denen Staatsanwälte für eine Seite der streitenden Parteien stehen, handeln sie als Vertreter des Rechts. Dabei stützen sie sich allein auf Fakten und die Lage der Dinge.

Ein gutes Beispiel für die Unabhängigkeit des thailändischen Rechtssystems ist der Fall Phuketwan. Am 1. September 2015 wies der Gerichtshof der Provinz Phuket eine strafrechtliche Klage wegen Verleumdung und Verstöße gegen das Computerkriminalitätsgesetz ab, die die thailändische königliche Marine gegen zwei Journalisten der Region eingereicht hatte. Hier gab es ähnliche Bedenken seitens der Zivilbevölkerung und der Medien.

**Vielen außenstehenden Beobachtern zufolge versuche das Militärregime, bis zum Tod des inzwischen 88-jährigen Königs an der Macht zu bleiben, um dessen Nachfolge zu sichern. Leugnen Sie diese Anschuldigungen?**

Diese Anschuldigungen gehen in die falsche Richtung. Der Nationale Rat für Frieden und Ordnung (NCPO) übernahm die landesweite Verwaltung, um beiden politischen Konfliktparteien ein wenig Zeit dafür zu verschaffen, die hitzigen Gemüter zu beruhigen. Ziel war es, weitere Gewalt zu verhindern, Stabilität zu sichern und das Land zurück zur vollwertigen Demokratie zu führen. Mit der königlichen Nachfolge hat das alles nichts zu tun. Hierfür gibt es klare Vorschriften und Prozeduren. Sowohl das Gesetz zur Palastnachfolge als auch der beibehaltene Verfassungsabschnitt würden in diesem Falle den Übergang klären, sollte dies überhaupt notwendig sein. Die königliche Nachfolge ist

für Thailand somit momentan kein Thema. Man sollte nicht versuchen, die Monarchie zu politisieren.

**Der entmachteten, demokratisch gewählten Premierministerin Yingluck Shinawatra wurde es untersagt, nach Brüssel zu reisen, um sich mit EU-Vertretern zu treffen. Nun steht sie vor Gericht aufgrund von Korruptionsvorwürfen im Zusammenhang mit einem Reissubventionssystem. Viele glauben, dieses Verfahren sei politisch motiviert. Können Sie versichern, dass die Militärregierung keinen Einfluss auf ihren Prozess hat und dass das Rechtssystem vollkommen unabhängig agiert?**

Das Verfahren ist nicht politisch motiviert, sondern beruht auf einem Verstoß gegen das thailändische Strafrecht. Yingluck Shinawatra wird schadhafte Pflichtvernachlässigung und Scheitern im Amt vorgeworfen. Als Staatschefin hätte sie eigentlich die Korruption im Reissubventionssystem unterbinden müssen. Auf politischer Ebene wies das Zuschusssystem ein nie dagewesenes Maß an Korruption auf. Der Rechtsprozess richtet sich gegen alle involvierten Missetäter, auch Politiker und Beamte.

Die thailändischen Gerichte halten auch weiterhin am grundlegenden Prinzip der richterlichen Unparteilichkeit fest. Yingluck Shinawatra ein Ausreiseverbot zu erteilen, lag allein im Ermessen des Gerichts. Es kommt seiner Rechtsfunktion unabhängig nach. Die Regierung hat keinerlei Einfluss auf diese oder andere richterliche Entscheidungen.

**Die internationale Gemeinschaft – von Präsident Barack Obama bis zur EU – fordert geschlossen eine Rückkehr zur Zivilherrschaft in Thailand. Worauf gründet sich der Legitimitätsanspruch der Militärjunta?**

Fortsetzung auf Seite 11

Fortsetzung von Seite 10

Die derzeitige Regierung verfolgt ein klares Mandat: 1) einen Fahrplan in Richtung Demokratie und freie Wahlen erstellen; 2) die für die Zukunft des Landes notwendigen Reformen einleiten. Die Regierung möchte nicht länger als nötig an der Macht bleiben.

Thailand setzt sich für ein voll funktionsfähiges, demokratisches Regierungssystem ein. Diese Regierung ist entschlossen, dem Fahrplan entsprechend voranzuschreiten. In ihm sind klare Schritte vorgegeben, die uns zurück zur Demokratie führen werden. Die Erarbeitung einer neuen Verfassung wird voraussichtlich etwa 20 bis 23 Monate in Anspruch nehmen (sechs Monate für den Abschluss des Entwurfs durch die CDC; vier Monate für das landesweite Referendum; sechs bis acht Monate für die Umsetzung notwendiger Organgesetze; vier bis fünf Monate für den politischen Wahlkampf). Diesem Zeitrahmen nach finden allgemeine Wahlen womöglich im Sommer 2017 statt. Danach wird eine demokratisch gewählte Regierung das Amt übernehmen. Wir streben eine nachhaltige Demokratie an, die den Bedürfnissen des thailändischen Volks gerecht wird.

## Weitere Informationen zu Special Reports von EurActiv...

Kontaktieren Sie uns

**Ama Lorenz**  
ama.lorenz@euractiv.de  
+49 30 2087 5003

**Davide Patteri**  
paexecutive@euractiv.com  
tel. +32(0)2 788 36 74

**Arnaud Sonnet**  
publicaffairs@euractiv.com  
tel. +32(0)2 226 58 17